

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheinung:
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.35
monatlich 45 Pf.
Bei allen Wärdt. Postämtern
und Boten im Orts- u. Nachbar-
ortsverkehr vierteljährlich M. 1.35,
außerhalb desselben M. 1.35,
Litera Bestellgeld 34 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt

der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,

Enzklösterle u.

während der Saison mit

amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg., die Klein-
spaltige 6 Pfg.
Kontakten 15 Pfg. die
Zeile.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Fotografien
nach Vereinbarung.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 13.

Dienstag, 17. Januar 1911.

28. Jahrg.

Deutsches Reich.

Vom Reichstag.

Berlin, den 14. Januar. Auch der Reichstag genoss heute wegen Beschlußunfähigkeit zwei Sitzungen. Aber er führte doch die Novelle zum Strafgesetzbuch in der zweiten Lesung zu Ende. Die äußerst wünschenswerte Milderung der Strafbarkeit von Diebstählen wurde beschlossen, und eine aus Sozialdemokraten und Zentrum sich zusammenschließende zuvöllige Mehrheit beschloß auch die Einführung einer höchst ansehnlichen Bestimmung dahingehend, daß das Betteln aus unverschuldeter Not straflos bleiben soll. Vergebens hatten der Staatsminister und neben anderen Abgeordneten auch der Abg. Dr. Müller-Weinigen die absolute Straflosigkeit des Bettelns mit dem Argument bekämpft, daß dann so gut wie jedes Betteln erlaubt sein werde und eine Bettelplage die Folge sein müßte. Aber die Herren Gröber und Stadthagen wollten ihren Willen haben und erreichten es auch. Zur Frage der Erpressung wurden Beschlüsse gefaßt, die die gewerblichen Lohnkammer der unbedingten Anwendung des Erpressungsparagrafen zu entziehen sollen. Abg. Dr. Müller verlangte zum Schluß noch die Behebung der überflüssigen landesgesetzlichen Vorschriften über die öffentlichen Anschläge.

Der Zeitpunkt der Reichstagswahlen.

Berlin, 14. Jan. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Dem Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen sind in der Kreise Andeutungen vorausgegangen, als beabsichtige die Regierung, den Reichstag vorzeitig auflösen und das Land mit einer unumwundenen frühen Vornahme der Neuwahlen zu überempfehlen. Wir können mitteilen, daß nichts hinter diesen Gerüchten ist, die offenbar nur agitatorischen Bedarfnissen ihre Entstehung verdanken. Die Regierung muß Wert darauf legen, daß der Reichstag hinreichend Zeit erhält, um die wichtigsten ihm noch obliegenden Aufgaben in aller Ruhe und Sorgfalt zum Abschluß zu bringen. Die Regierung hat keineswegs dem Reichstag eine Reihe unerkannt wichtiger Vorlagen gemacht und diese im Verein mit dem Reichstag zum Teil schon weit gefördert, um diese Arbeit nun mitten auf dem Wege stehen zu lassen.

Ein Salzmonopol.

Der sozialdemokratischen „Münchener Post“ geht, wie sie versichert, von vertrauenswürdiger Seite die Nachricht

zu, daß auf Veranlassung der deutschen Bundesregierungen von privater Seite (Dr. P. Pöde) eine Denkschrift über die Regelung der Salzgewinnung und des Salzhandels ausgearbeitet worden sei, deren Zweck ist die Monopolisierung des Salzhandels zu propagieren. In dieser seiner Information bemerkt das genannte Blatt: Daß es sich bei diesem Vorschlag nicht darum handelt, die ungerade Steuer Verbrauchsteuer abzuschaffen und das unentbehrliche Salz zu verbilligen, bedarf bei den politischen und finanziellen Verhältnissen des Reiches keiner weiteren Betonung. Es handelt sich um nichts anderes als um den Versuch der Reichsregierung, eine neue sehr ergiebige Einnahmequelle zu schaffen auf Kosten der offenbar noch nicht genügend geschöpften Monopolen. Die Länder mit Salzmonopol, zu denen Italien, Rumänien, die Türkei, Montenegro und China gehören, bieten sehr lehrreiche Beispiele für das Nahrungssystem, das mit dem Salzmonopol identisch ist. Wird der schwarz-blaue Block vor der Abrechnung bei den Reichstagswahlen auch noch dieses Nahrungsmittel mit vollführen helfen?

Mannheim, 14. Jan. In einer heute morgen abgehaltenen Besprechung zwischen der Direktion und den Arbeitern der Firma Benz wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die Arbeiter eine achtwöchige Probezeit zu den neuen Sägen arbeiten. Die Arbeiter werden am Montag die Arbeit wieder aufnehmen.

Dresden, 14. Jan. Die Landeskonferenz der 36 Ortsgruppen des Hansabundes in Sachsen nahm gegen den Kommissionsentwurf einer neuen Fernsprechtgebühren-Ordnung eine scharfe Resolution, in der gegen die neue Belastung der gewerblichen Kreise und besonders wiederum des Mittelstandes energisch und nachdrücklich Protest erhoben wird, an.

Dresden, 14. Jan. Der Antrag Sachsens betr. die Fleischzufuhr von Frankreich wurde vom Reichsfinanzminister im wesentlichen unter denselben Bedingungen wie für Süddeutschland gestattet.

Berlin, 13. Jan. Die freikundenden Fensterputzer haben gestern Abend einen Arbeitswillegen, der von einem Kriminalschupmann von der Arbeitsstätte nach einer Haltestelle geleitet wurde, überfallen und geschlagen und auch einen Beamten verletzt, als er dem Mann beibrang. Das Publikum, das von dem Mann, der die ganze Entwicklung beobachtet hatte, über die Lage unterrichtet wurde, sprang dem Überfallenen und dem Beamten bei und auch Soldaten, die des Weges kamen,

griffen ein und leisteten Hilfe. Drei Mann wurden festgenommen und dem Revier der Kriminalpolizei zugeführt.

Mühlhausen, 14. Jan. Ein größerer Oltroiprozess steht hier bevor. Die „Reichslandische Korrespondenz“ teilt, hat sich anlässlich einer auf Anzeige erfolgten Untersuchung herausgestellt, daß hier seit acht Jahren ein umfangreicher Oltroischnuggel mit geistigen Getränken getrieben worden ist. Bis jetzt sind 128 Birten und Verkäufer geistiger Getränke wegen Oltroischnuggels überführt. Es handelt sich hierbei um Beträge von 50 bis 3000 M.

Ausland.

Paris, 13. Jan. Der Agence Havas wird aus Madrid berichtet: Der Imperial meldet, in Portugal seien die Reservisten einberufen worden. Sie weigerten sich aber, dem Stellungsbegehren Folge zu leisten. Die Behörden von Campomajor hatten dringend um Einberufung von zwei Bataillonen ersucht, zu welchem Zweck ist unbekannt. Die Regierung habe dies jedoch abgelehnt mit dem Bemerkten, sie verfüge nicht über eine hinreichende Zahl von Truppen.

Lissabon, 14. Jan. Der Streik der Eisenbahner ist beendet. Die Züge verkehren seit gestern wieder. Dagegen sind die Arbeiter der Was- und Elektrizitätswerken in den Ausstand getreten.

Vom württembergischen Landtag.

Württembergische Zweite Kammer.

Im Abgeordnetenhaus wurde in der Samsabtagsitzung zunächst auf Vorschlag des Alterspräsidenten Bantleon des verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Schäferer Hiltbrunn-Amt durch Erheben von den Sigen gedacht. Abgeordneter Kienle (Ztr.) erläuterte den Bericht über die Neuwahlen; der Ständische Ausschuss hat beschlossen, den für Hiltbrunn im Bezirk gewählten Abgeordneten Kienle (Soz.) für legitimiert zu erklären. Dagegen konnte der Abgeordnete Hornung eine amtliche Bescheinigung seiner Wahl noch nicht vorlegen. Kienle, dessen Erdscheiden man mit einiger Spannung entgegen sah — er ist bekanntlich erheblich „habitueller“ wie seine neuen Fraktionsgenossen — wurde herbeigegrufen und leistete den Schwur auf die Verfassung. Seinen Sitz erhielt er neben dem Abgeordneten Mattutat. Der interessanteste Moment der Sitzung war jedoch die Wahl des Kammerprä-

äsidenten — so quasi landwirtschaftliche Nebenindustrie! Haben Sie sich denn da so stark engagiert dabei...?

„Alles, was ich besitze, steht drinn — und wenn's mihlingt... Dann bin ich ein Bettler!“ rief Reitlinger, und dann atmete er erleichtert auf. Nun war das Schwerste heraus — ganz gegen seine Absicht zwar — er hatte sich schonend vorbereitet, von den guten Ansichten, von seinen Hoffnungen sprechen wollen — aber es hatte ihm die Kehle abgedrückt! Und jetzt ging's wie bei einem Jag, wenn der Papen heraus ist, dann fließt der Inhalt von selbst nach.

In fließenden, klaren Worten begann er zu erzählen, während Herr Bräuner den silbergrauen Kopf in die Hand stützte und ihm ernst und aufmerksam zuhörte — ihn nur selten durch eine kurze Frage unterbrechend. Er verschwiegen nichts bis auf den einen Punkt, über welchen ihm sein Wort zu schweigen gebot — aber auch hierüber wollte er mit seinen Kompagnons sprechen, die ihm sicher diese eine Ausnahme gestatten würden!

Reitlinger war fertig mit seinem Bericht und hatte angstvoll auf sein Urteil! Herr Bräuner sah ihm lange Zeit stumm und ernst an, als wolle er ihm bis auf den Grund der Seele schauen. Dann sagte er:

„Wenn die Sache so steht — dann kann ich freilich nicht so schloßartig „Ja und Amen“ sagen! Sie scheinen da eine große Dummheit gemacht zu haben, mein lieber Freund, die Ihnen den Kragen kosten kann!“

„Ich hab's ja gewußt!“ seufzte Reitlinger schmerzlich, „daß ich Sie jetzt nicht werde überzeugen können! Darum hätte ich ja so gern gewartet, bis ich Beweise bringen kann...!“

„Aber sagen Sie mir nur das eine!“ rief Herr Bräuner dazwischen und schüttelte verständnislos den Kopf, „wenn Sie das alles so fader gewußt haben — warum sind Sie denn dann überhaupt zu mir gekommen...?“

„Derrgot!“... Reitlinger schlug sich vor die Stirn — in der Hitze des Gefühls hatte er ganz vergessen, was ihn hergetrieben hatte. Mit zitternder Hand zog er das Zeitungsbillet aus der Tasche und reichte es Herrn Bräu-

ner, stumm mit dem Finger auf die betreffende Stelle weisend. Auch jetzt brachte er kein Wort der vorbereitenden Milderung über die Lippen — wieder plagte er mit der Türe ins Haus...!

Herr Bräuner überflog rasch die wenigen Zeilen — dann fuhr seine Faust auf den Schreibtisch herab, daß es dröhnte! Er sprang auf — seine Stirn runzelte sich — seine Augen hefteten sich drohend auf Reitlinger:

„Was soll das heißen?“ rief er zornbevend. Reitlinger sah ihn erschrocken an, ohne ihn zu verstehen. Wohl hatte er einen Zornausbruch erwartet — aber wie der alte Herr sich benahm... das ging ja gegen ihn...!

Da lag ein direkter persönlicher Vorwurf drinn! So fordert man Rechenschaft von einem Verbrecher...!

Und noch einmal: „Was soll das heißen? Ich will Antwort haben!“ Er schrie es förmlich — jede Silbe schwer betonend. Und jetzt verstand Reitlinger!

Er sprang mit einem Ruck in die Höhe und richtete sich kerngradig auf! Sein Gesicht färbte sich dunkelrot, seine Hände ballten sich und seine Augen sprühten Blise, während sie den Blicken des alten Herrn fest begegneten:

„Herr Bräuner...!“ rief er atemlos hervor — heifer vor Erregung, „Sie trauen mir eine so niederträchtige Komödie zu...?“

Dann standen die beiden eine Weile stumm einander gegenüber — Reitlinger bebend vor Empfindung, Herr Bräuner ihn mit scharfen, prüfenden Blicken beobachtend.

Reitlinger brach zuerst das Schweigen: „Wegen eines solchen Verdacht verteidige ich mich nicht!“ presste er tonlos hervor. Dann wandte er sich ihm um und wandte wie ein Trunkener zur Tür. Wo hin er wollte, das wußte er selbst nicht — er wußte nur, daß er nicht bleiben konnte, wo man ihm eine solche Beschuldigung ins Gesicht schleuderte und: daß sein Glück verloren war...! Eine trostlose, wühlende Verweisung hatte ihn ergriffen, die ihm den Verstand raubte. Nur fort von hier! Hin aus...!“

„Reitlinger...!“ rief Herr Bräuner. (Fortsetzung folgt.)

Edel sei der Mensch, hilfreich und gut.

Goethe.

Die Verjuchung.

Roman von Robert Graf Wienburg.

(Fortsetzung.)

„La raffte sich Reitlinger endlich auf aus seinem starren Scaunen, aber sein Gesicht blieb düster und seine Worte hingen dumpf.“

„Nein, nein, Herr Bräuner, mein Gewissen ist rein, ich hätte nicht anders handeln können — ich schwöre es Ihnen! Aber doch — wenn Sie alles wissen werden...!“ er stotterte wieder. Herr Bräuner wurde immer enger.

„Jetzt weiß ich aber doch wirklich nicht mehr...! Sie kommen da zu mir, um das Madel anhalten — ich geh' Ihnen deutlich zu verstehen, daß ich prinzipiell nie dagegen hab' — daß ihr euch beide gerührt, liegt klar auf der Hand, Sie sagen, daß Sie ein reines Gewissen haben — und Sie sagen da wie ein armer Sänder, der sein Todesurteil anhört! Das geht wahrhaftig über meinen Verstand! Sie sind doch ein Mensch von gutem Ruf, aus angesehenen Familie, in geordneten Verhältnissen? Wo was wollen Sie denn eigentlich?“

Da fand Reitlinger endlich die Sprache wieder: „Ja, das ist's ja eben!“ plagte er heraus. „Meine Verhältnisse werden Sie eben keineswegs für geordnet ansehen, wenn ich sie Ihnen klarlege, wie es meine Pflicht ist! Ich weiß, daß Sie auf meine Fabrik nicht viel halten...!“

„Ah so — Ihr Dolchstoßwert! da, von dem Sie einmal gesprochen haben! Na, ja, da hab' ich Ihnen gesagt, daß ich das für keine glückliche Idee halt', weil der Artikel momentan elend geht, und weil ich mich geblenden zu Ihrem Talent in dieser Richtung nicht viel Nutzen hab'! Sie haben ja auch gar nicht die nötige Vorbildung — woher sollen Sie sich denn darauf verheben! Aber ich hab' gemeint, das wird nur so eine kleine



fidium, obgleich nach den vorhergegangenen Verhandlungen zwischen den Fraktionen die Wiederwahl Payers gesichert war. Payer wurde mit 59 von 84 Stimmen zum 1. Präsidenten gewählt, einer der abgegebenen Zettel lautete auf Rembold-Naten, 1 auf Hauptmann; das Zentrum stimmte natürlich mit 23 Stimmen für den Abg. Kiene, zwei Zettel wurden unausgefüllt abgegeben. Payer dankte herzlich für die Wahl und wies in seiner mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ansprache darauf hin, daß er jetzt zum 6. Mal gewählt sei, ein Glück, das seinem keiner Vorgänger zu Teil geworden sei. Die Wahl des 1. Vizepräsidenten fiel auf den Abg. Kiene. Kiene erhielt von 86 abgegebenen Stimmen 66, 18 (vorkommende) Zettel waren unbeschrieben, je 1 lautete auf Rembold-Naten und den Abg. Kraut. Das Amt des 2. Vizepräsidenten fiel ebenfalls wieder dem Abg. Kraut (M.) mit 78 von 85 abgegebenen Stimmen zu. 3 Zettel waren unbeschrieben, je 1 lautete auf die Abgg. Lindemann, Hilbebrand, Mülling und Schrenpf. Die nächste Sitzung findet am Dienstag nachmittag statt.

Die Erste Kammer

erat Samstag Vormittag unter dem Vorsitz ihres neuen Präsidenten, des Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst, in der ersten Sitzung zusammen. Der Präsident gedachte zunächst des Grafen von Rechberg und Rothenlöwen, der mit Rücksicht auf sein hohes Alter das von ihm so erfolgreich geführte Präsidium des hohen Hauses jetzt abgetreten habe, sowie seiner ganz hervorragenden Verdienste, namentlich bei der Durchführung der Steuer- und Verwaltungsreform. Weiter widmete der Fürst dem verstorbenen Grafen Heinrich von Scharberg ehrende Worte. Im Einlaß bestand sich ein Schreiben des Deonomierats Mayer-Heilbronn, der seinen durch Krankheit notwendig gewordenen Austritt aus der Kammer anzeigte. Der Präsident wird dem auscheidenden Mitglied das Bedauern des hohen Hauses über seinen Austritt übermitteln. Nach dem von Geh. Rat von Schall erstatteten Bericht betreffend das vom Ständischen Ausschuss vorgenommene Legitimationsgeschäft wurde der Fürst von Waldburg zu Zeil und Trauchburg zum Vizepräsidenten gewählt. Hierauf verlas Herzog Albrecht die Wahlvorschläge für die Kommissionen, deren Mitglieder sämtlich durch Zuzug gewählt wurden. Damit war die Tagesordnung erschöpft. Die nächste Sitzung ist noch nicht festgesetzt.

Stuttgart, 14. Jan. (Ständisches.) Im Anschluß an die heutige Sitzung der Zweiten Kammer trat der Seniorenschicht zusammen, der das Programm für die Sitzungen der nächsten Wochen festlegte. Danach wird, wie bereits bekannt, am Dienstag das Gesetz betreffend die Berufsvormundtschaft in erster Lesung behandelt, am Mittwoch das Gesetz betr. die Eber- und Jiegenbockhaltung, Donnerstag die Vorlage betr. die israelitische Religionsgemeinschaft, am Freitag und Samstag das Gesetz betr. die Oberamtsärzte und die Einführung von Schulärzten. In der darauf folgenden Woche soll am Dienstag oder Mittwoch mit der Generaldebatte zum Etat begonnen werden, die erst in der 3. Woche zum Abschluß gelangen dürfte. Hierauf ist eine Vertagung des Landtags vorgesehen. Auch wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Plenum erst wieder einberufen werden soll, wenn der Etat und die Beamtenbefoldungsvorlage von der Finanzkommission vollständig durchberaten sind.

Zur Beamtengehaltsvorlage. Zur Neuordnung der württembergischen Beamtengehälter.

Die Gehaltsneuordnung, die in Form von Nachtragsetats eingebracht ist, enthält, wie der „Staatsanzeiger“ mitteilt, nicht nur die Aufbesserung für die Beamten, für die Lehrer aller Kategorien und für die Geistlichen, sondern auch für die Altpensionäre und Altwitwen, sowie Pensionen für sämtliche Arbeiter aller Staatsbetriebe. Ueber den Aufwand, den sie erfordert, haben wir im Auszug aus dem Hauptfinanzetat bereits Mitteilung gemacht. Die Staatsregierung erklärt, daß sie mit der Vorlage in weitgehendstem Maße den Wünschen der Beamten, nicht zum mindesten der Unterbeamten, Rechnung getragen habe.

Die Begründung weist, unterstützt von einem großen Zahlenmaterial, auf die Aufbesserungen der Beamten im Reich und in den anderen größeren Bundesstaaten hin, auf die Gestaltung der Bezüge der Gemeinde- und auch der Privatbeamten in Württemberg und endlich auf die auf allen Gebieten der Lebenshaltung eingetretene Teuerung. Es wird festgestellt, daß die württembergischen Beamten fast ausnahmslos, aber insbesondere die höheren Beamten auffallend weit hinter den Bezügen zurückstehen, welche die anderen Bundesstaaten als angemessene Entlohnung ihrer Beamten festgesetzt haben. Angesichts dieses erheblichen Abstandes könne wohl kein Zweifel darüber obwalten, daß die württembergischen Befoldungsverhältnisse nicht mehr genügen, zumal an die württembergischen Staatsdiener weder nach ihrer Vorbildung, noch nach ihren Dienstleistungen geringere Anforderungen gestellt werden, als an die anderen deutschen Beamten, auch die württembergischen Beamten keineswegs unter günstigeren Bedingungen leben können, als anderwärts im Deutschen Reich dies möglich sei. Weiter wird nachgewiesen, daß die Bezüge der Staatsbeamten auch im allgemeinen erheblich hinter denen der Gemeindebeamten in Württemberg zurückbleiben, besonders in Stuttgart und noch anderen größeren Gemeinden.

Das Ziel, das die Regierung bei der Vorlage gezeitet hat, wird in folgendem charakterisiert: Als Ziel der Gehaltsneuordnung könne nicht einfach die Gleichstellung mit den Beamten anderer Staaten oder des Reiches unter Hintansetzung der schuldigen Rücksichtnahme auf die Finanzlage des Staates ins Auge gefaßt werden. Die Absicht der Regierung geht vielmehr dahin, den Beamten, und zwar sämtlichen Staatsdienern, „ein zu den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Einklang stehendes, auskömmliches Dienstverkommen zu gewähren, das

unter Berücksichtigung der Sicherheit der Rechtsstellung und insbesondere des Einkommens des Staatsdieners — ihm und seiner Familie das seiner Stellung entsprechende Fortkommen bei maßvoller Ansprüchen sicherstellt und ihn zugleich hinsichtlich seines Dienstverkommens, soweit es die finanziellen Kräfte des Landes zulassen, den Beamten des Reiches und der anderen Bundesstaaten nahebringt.“

Um eine durchgreifende Neuordnung der Gehälter zu erzielen, faßt der Entwurf die Beamten in 50 Klassen zusammen. Der Ausbau soll an dem bisherigen Befoldungssystem nichts ändern. Der Entwurf ist in sechs Hauptabteilungen entsprechend den Abteilungen des Wohnungsgeldtarifs gegliedert. Die Abteilung 1 umfaßt die Klasse der unteren Beamten und so fort, die Abteilung 6 die höchsten Beamten. An der bisher vorgesehenen dreijährigen Gehaltsvorrückung soll durch den Entwurf nichts geändert werden. Als Vorrückungsstufen sind Beträge von 100 bis 600 Mark vorgesehen. Der durchschnittliche Aufbesserungsbetrag, der auf einen Beamten entfällt, berechnet sich im Beharrungszustande im ganzen auf 278,69 Mark. In Prozenten des bisherigen Gehaltsaufwandes ausgedrückt, beträgt die Aufbesserung im Beharrungszustande im ganzen 14,65 Prozent.

Die Gehaltsordnung für die Lehrer an höheren Schulen.

Die Gehaltsordnung für die händigen Lehrer und Lehrerinnen an den höheren Knaben- und Mädchenschulen liegt nun auch vor. Hier handelt es sich vor allem um eine Zusammenfassung der verschiedenen Normen, sowie um die Anwendung gleichmäßiger Grundsätze und um Einheitlichkeit im Gehaltssystem. Außerdem ist für die unfähigen Lehrerinnen eine einheitliche Tagelohnordnung aufgestellt worden. Die Präzeptoren und Reallehrer werden mit den Eisenbahn- und Postsekretären gleichgestellt unter Schaffung von 45 gehobenen Stellen mit 4300 M. Die Oberpräzeptoren und Oberreallehrer werden mit den Amtsrichtern gleichgestellt, die Professoren im Anfangsgehalt mit den Landrichtern und 32 Stellen von Professoren und Rektoren mit den Vorkänden der Bezirksämter. Die Rektoren erhalten außerdem Stellenzulagen von 200—500 Mark je nach der Größe der von ihnen geleiteten Anstalten. Der Gesamtaufwand für die Lehrkräfte der höheren Schulen beträgt 469 840 Mark. Dieser Mehraufwand soll von den Gemeinden mitgetragen werden. Dagegen werden sie, um ihre Einnahmen zu steigern, zur Erhöhung des Schulgelds ermächtigt. Ausländer sollen das 1½fache Schulgeld bezahlen. Die Gemeinden haben 259 994 Mark zu übernehmen. Zur Deckung des Anteils der Staatskasse ist bei den Staatsanstalten eine Erhöhung des Schulgelds bis zu den zulässigen Höchstsätzen in Aussicht genommen. Die Gehaltsneuordnungen für die Geistlichen und für die Volksschullehrer liegen noch nicht vor. Der Mehrbedarf für die Geistlichen ist auf 340 000 bzw. 480 000 Mark festgesetzt, der für die Volksschullehrer auf 931 192 Mark im ersten und 1 518 171 Mark im zweiten Etatsjahre; dazu kommen noch Staatsbeiträge an die Gemeinden in Höhe von 60 000 bzw. 80 000 Mark. Zur Gewährung von Zulagen an Altpensionäre und Altwitwen sind angelegt 529 400 Mark für 1912; 467 200 Mark. Die Zulagen werden nur an solche Altpensionäre und Altwitwen gewährt, deren Bezüge die Summe von 2000 Mark bzw. 1000 Mark nicht übersteigen. Der Mehrbedarf für Lohn-erhöhungen für die staatlichen Arbeiter berechnet sich auf jährlich 841 900 Mark. Die vorgesehene Lohn-erhöhung für die Arbeiter der Verkehrsanstalten beträgt 20 Pfg. für den Tag, der Gesamtaufwand bei der Eisenbahnverwaltung 700 000 Mark, bei der Post- und Telegraphenverwaltung 75 000 Mark, bei der Bodenseedampfschiffahrt 2900 Mark, bei den Hüttenwerken 50 000 Mark, bei den Salinen 40 000 Mark.

Zur Aufbringung des Mehrbedarfs sind folgende Deckungsmittel vorgesehen: 1. Eine Erhöhung des Ertrages für die Kosten der Bewirtschaftung der Körperschaftsverwaltungen durch Bemessung der Beidersteuergebühren statt bisher 80 Pfg. für 1 Dektar Waldfläche auf 2 Mark. Ertrag 210 000 Mark bzw. 210 000 Mark. 2. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer von 1,20 Mark auf 1,50 Mark von 100 Mark des steuerpflichtigen Werts. Ertrag 600 000 Mark bzw. 800 000 Mark. 3. Eine Erhöhung der Sporteln und Gerichtsgebühren. Ertrag M. 2 450 000 bzw. 2 950 000 Mark. 4. Ein Zuschlag zur Reichserbschaftsteuer in Gemäßheit des § 58 des Reichserbschaftsteuergesetzes vom 3. Juni 1906 in der Höhe von 25 Prozent. Ertrag 500 000 bzw. 500 000 Mark. Der noch verbleibende Abmangel soll durch den Ertrag der in Aussicht genommenen Staatslotterie und, soweit die Einnahmen hieraus nicht zureichen, durch eine weitere Erhöhung der direkten Steuern ihre Deckung finden.

Die einzelnen Abteilungen.

Die Abteilung I

(Wohnungsgeld 280, 220, 200, 170 Mark) zerfällt in 23 Klassen. Für Klasse 1 — Straßen-, Schleusen-, Flußwächter — sind Gehalte von 750 bis 1300 Mark vorgesehen. — Für Klasse 2 (Seminarbeamte u.) betragen die vorgeschlagenen Gehalte 1000—1300 Mark; — für Klasse 3 (Bahnwächter) 1000—1400 Mark; — Klasse 4 umfaßt die Güterschaffner, Weichenwärter 2. Kl., Stationswächter, Stationsdiener usw. und bringt Gehalte von 1100—1600 Mark. — Klasse 5 (Oberamts- und Oberamtsgerichtsdiener usw.) weist Gehalte von 1200—1700 Mark auf; Klasse 6 umfaßt die Aufseher und Heilgehilfen an den Strafanstalten, die Bahnhofsportiers, die Schaffner und Wagenwächter, die Lokomotivheizer 1. und 2. Klasse, die Weichenwärter 1. Kl., die Matrosen, Grenzschaffner usw. Die Gehalte betragen: 1300—1400—1500—1600—1700—1800 Mark, natürlich je neben freier Dienstkleidung, Fahrgebühren usw. und dem Wohnungsgeld, soweit nicht, was in zahlreichen Fällen zutrifft, freie Wohnung mit dem bezüglichen Amt verbunden ist. — Klasse 7 (Landjäger, Steuerassistenten, Forstwärter) hat Gehalte von 1200—1900 Mark, je mit einer Spannung

von 100 Mark. — Klasse 8 (Kollegialaufwärter, Oberbahnwächter, Postunterbeamte usw.) weist Gehalte von 1300—1900 Mark auf (Spannung immer je 100 Mark). — Klasse 9 (Ministerialaufwärter, Jäger, Salzsteuerassistenten, Postbeamte usw.) hat Gehalte von 1400 bis 2000 Mark. — Klasse 10 hat Gehalte von 1500—2100 Mark und umfaßt die Oberaufseher und Oberheilgehilfen an Strafanstalten, die Wagenrevidenten, Gattestellenaufseher, Oberpostassistenten, Telegraphenaufseher usw. — Kl. 11 (1800—2200 Mark Gehalt) umfaßt insbesondere die Kanakdiener und Stationskommandanten. — Kl. 12 (Zugführer, Bahnhofsassistenten usw.) sieht folgende Gehalte vor: 1500—1650—1800—1950—2100—2300 M. Kl. 13 (Berktschreiber und Meister in den Werkstätten) 1500—2400 Mark. — Kl. 14 (nur 5 Hausmeister umfassend) 2000—2200—2400 Mark. — Kl. 15 (1700—2600 Mark Gehalt) enthält insbes. die Lokomotivführer. — Kl. 16—19 enthält Stellungen von 1000 resp. 1100 resp. 1800 resp. 2000 Mark. — Die Klassen 20—23 enthalten Gehaltsrahmen von 1100—1500 Mark (Strafanstaltenaufseherinnen) bzw. 1100—1800 Mark (Oberwärtinnen), bzw. 1300—2000 Mark (Maschinen usw.), bzw. 1400—2400 Mark (Oberwächter an den Irrenanstalten u.). — In allen Klassen der 1. tritt neben dem Gehalt, soweit nicht freie Dienstwohnung mit dem Amte verbunden ist, das Wohnungsgeld mit 280, 220, 200, 170 Mark.

Die Abteilung II

(Wohnungsgeld 340, 250, 220, 170 Mark) zerfällt in 18 Klassen. Es sind folgende Gehalte vorgesehen: Kl. 1 (Eisenbahn- und Postgehilfen) 1200—1800 Mark; — Kl. 2 (Oberbahn-, Oberpostassistenten) 200—2200—2400 Mark; — Kl. 3 (Kanzlisten, Gerichtsvollzieher, Postassistenten, Walzmeister, Revisionsassistenten, berufsmäßige Ortssteuerbeamte usw.) 1800—2500 Mark; Kl. 4 (Kanzlisten bei Ministerien und Kollegialbehörden) 1800 bis 2700 Mark; — Kl. 5 (Gefängnisinspektoren usw.) 2200 bis 2800 Mark; — Kl. 6 (Kanzlei-, Eisenbahn-, Postassistenten u.) 1800—3100 Mark; — Kl. 7 (Kulturassistenten, Lithographen usw.) 200—3100 Mark; — Kl. 8 (Ministerialkanzlisten) 2300—3100 Mark; — Kl. 9 (Stationen-, Post-Verwalter und Stationsassistenten) 2000—3300 Mark; — Kl. 10 (Gerichtsschreiber, Oberamtssekretäre, Finanzsekretäre usw.) 2000—3400 Mark; — Kl. 11 (Oberlehrer an Waisen- und Taubstummenhäusern) 2400—3800 Mark; — Kl. 12—18 hat teils Stellungen teils Gehaltsrahmen und umfaßt meist kleinere Beamtenkategorien.

Die Abteilung III

(Wohnungsgeld 400, 320, 270, 220 Mark) zerfällt in 14 Klassen. Für diese sind die folgenden Gehalte vorgesehen: Kl. 1 (Kammerstenographen) 1500—2400 Mark; — Kl. 2 (Eisenbahn-, Postsekretäre, Kanaksekretäre der Eisenbahn, Bahnmeister, techn. Eisenbahn- und Postsekretäre, Bauamtsverwalter, Straßen- und Hofmeister, Topographen usw.) 2600—4000 Mark; — Kl. 3 (Bezirksnotare) 2600—4100 Mark; — Kl. 4 (Bahnhofsverwalter, Güterverwalter, Bahnhofsassistenten, Oberbahnmeister, Postmeister, gehobene Postsekretäre, Oberkontrolleure, Bezirksgeometer) 2800—4300 Mark mit einer Spannung von je 300 Mark; — Kl. 5 (Expeditoren, Oberbahn- und Oberpostsekretäre, Obergeometer, techn. Obersekretäre u.) 2800—4700 Mark; — Kl. 6 (Regierungsbeamte, Amtsrichter, Eisenbahn- und Postinspektoren, Amtmänner, a. o. Universitätsprofessoren, Finanz-, Forstamtmänner usw.) 2800—3200—3600—4000—4400—4700 Mark; — Kl. 7 (Ministerialexpeditoren, Bahnhofsinspektoren, Staatskassenbuchhalter usw.) 2800—3200—3600—4000—4400—4700—5000 Mark; Kl. 9—14 weisen Gehaltsrahmen von 2400—3400 Mark, bzw. 2500—3600 Mark, bzw. 2600 bis 4000 Mark, bzw. 3000—4400 Mark, bzw. 3400 bis 5000 Mark, bzw. 2600—5200 Mark auf und umfassen je nur wenige Beamte.

Die Abteilung IV

(Wohnungsgeld 500, 400, 320, 270 Mark) zerfällt in 13 Klassen, für die die folgenden Gehalte vorgesehen sind: Kl. 1 (Hauptzoll- und Hauptsteuerverwalter, Landbestimmungsinspektoren, Weinbauschulvorstände usw.) 3200—3600—4000—4800—5200 Mark; — Kl. 2 (Oberförster) neben freier Dienstwohnung: 3600—4000—4400—4800—5200 Mark; — Kl. 3 (Etatmäßige Assessoren, Landrichter) 4000—4400—4800—5200 Mark; — Kl. 4 (Staatsassistentenkontrolleure) 4000—4400—4800—5200—5600 Mark; — Kl. 5 (Oberärzte der Irrenanstalten) 3000—5800 M mit einer Spannung von je 400 Mark; — Kl. 6 (Professoren der Bauwerke- und der Kunstgewerbeschule) 3200—3600—4000—4400—4800—5200 bis 5600 bis 6000 Mark; — Kl. 7 (Oberamtsrichter, Eisenbahnbetriebsinspektoren und Eisenbahnbauinspektoren, Oberpostmeister, Vorstände der Oberämter, Bauinspektoren, ordentl. Professoren der Landw. Hochschule, der Tierärztlichen Hochschule und der Akademie der bildenden Künste, Bibliothekare, Kameralamtsvorstände, Forstmeister) 4000—4400—4800—5200—5600—6000 Mark; — als Klasse 7 b sind hier eingereiht die Oberamtsärzte mit Gehalten von 1400 bis 1600 bis 1800 bis 2000 Mark und die Oberamtstierärzte mit Gehalten von 1100—1300—1500—1700 M. — Kl. 8 (Bezirkskommandeure des Landjägerkorps) 6200 bis 5600 bis 6000 Mark; — Kl. 9 (Bezirkschulassistenten) 440—4800—5200—5600—6000—6400 und 6700 Mark. — Kl. 10—13 enthalten nur einzelne Beamte für teils Stellungen, teils Gehaltsrahmen bestimmt sind.

Die Abteilung V

(Wohnungsgeld 600, 500, 380, 320 Mark) zerfällt in 8 Klassen und sieht die folgenden Gehalte vor: Kl. 1 (ordentl. Professoren der Universität und der techn. Hochschule, Oberbibliothekare) 4200—7200 mit Stufen von je 500 Mark; — Kl. 2 (Landgerichtsräte, Kollegialräte und die ihnen gleichgestellten Beamten) 5200—7200 M mit Stufen von je 500 Mark; — die oberste Stufe ist denjenigen Beamten vorbehalten, welche keine freie Wohnung bezogen; — Kl. 3 (Direktoren der Irrenanstalten, Vorstände der Staatshaupt- und Staatschuldenkassen) 5200—5700—6200—6700—7200—7600 Mark; — Kl. 4 und 5 enthalten nur 3 Beamte mit Stellungen und Gehaltsrahmen.

welche die höchsten Beamten umfasst, zerfällt in 5 Stufen. Wohnungsgeld: 800, 650, 520, 470 Mark. Für die Beamten dieser Abteilung sind die folgenden Gehälter vorgesehen: Kl. 1 (Oberste, Landgerichtsdirektoren usw.) 6700—7200—8000 Mark; — Kl. 2 (Ministerialräte, Direktoren des Geh. Staatsarchivs 6800—7300—7800—8400 Mark; — Kl. 3 (Landgerichts- und Senatspräsidenten, Gen. Staatsanwalt) 9 Beamte: die Präsidenten der obersten Gerichte, der Generaldirektionen, des Konsistoriums und die wirklichen Staatsräte. Sie alle sollen einen Stellengehalt von je 11 000 Mark beziehen.

Die Minister erhalten zwar keine Gehaltsaufbesserung, dagegen — mit Ausnahme des Kriegsministers — eine Entschädigung für Repräsentationsaufwand. Für den Staatsminister der ausw. Angelegenheiten, den Ministerpräsidenten, ist eine Erhöhung von 3000 Mark vorgesehen, für die Minister der Justiz, des Innern, des Kirchen- und Schulwesens und der Finanzen die Einführung einer Repräsentationsaufwandsentschädigung von je 3000 Mark. Dagegen kommt bei den Ministern die Aufbesserungszulage von je 70 Mark in Wegfall.

Württemberg.

Dienstnachrichten.

Ernannt: Ministerialdirektor im Finanzministerium Dr. v. Pistorius auf Dauer der Verlegung des ihm gegenwärtig übertragenen Hauptamts sowie die Dekonomie- und Studien in Ludwigsburg, Jona in Dürren und Gulas Mayer in Heilbronn zu außerord. Mitgliedern des Verwaltungsausschusses der Zentralstelle für die Landwirtschaft. Uebertragen: die evang. Pfarreien Oberhellingen dem Herrn Bürger in Spielberg, Oberhellingen dem Stadtkirchler Alex. Spilke in Neustadt übertragen; dem Oberpräsidenten Bettinger am Gymnasium in Heil die Oberpräsidenten am Gymnasium in Heilbronn, dem Hilfslehrer Hermann Eßig an der Latein- und Realschule in Nagold die Oberrealschule an diesen Schulen und dem Hauptlehrer Kleiner an der Elementarschule in Tübingen die Realschule an der Latein- und Realschule in Herrenberg. Am 12. Januar wurden die Oberpostassistenten Fuß in Tübingen und Huber in Heilbronn auf Ansuchen gegenseitig verlegt. Vom 9. Evang. Oberlehrer ist am 13. Jan. je eine königliche Lehrstelle in Dietrichsweiler dem Unterlehrer Ernst Huber in Stuttgart, in Strampfelbach, Bez. Ludwigsburg, dem Unterlehrer Gottlob Knapp in Heilbronn, in Unterhellingen dem Unterlehrer Rudolf Klein in Heilbronn, in Heilbronn dem Hauptlehrer Bauer in Heilbronn. Bez. Stuttgart-Kant. Bezirgen worden. Vom kath. Oberlehrer ist am 18. Jan. die Lehrstelle an der lat. Volksschule in Nagold dem Schulamtsverwalter Josef Grando in Nagold übertragen worden. Von dem Pfarren von Thurn und Taxis ist auf die Pfarre Heilbronn der hiesige Pfarrverwalter Max Grimm patronatisch ernannt worden.

Berufsvormundschaft.

Seit einiger Zeit macht sich in Württemberg immer lebhafter der Wunsch geltend, daß durch die Landesgesetzgebung der Weg eröffnet werden möge, diese Berufsvormundschaft in weitem Umfang, vor allem die Berufsvormundschaft von Beamten, einzuführen. Unter Berücksichtigung der Umstände hat es auch die Regierung für geboten erachtet, die Möglichkeit zur Einführung der Berufsvormundschaft zu gewähren. Der den Ständen vorgelegte neue Gesetzentwurf über die Berufsvormundschaft geht in dieser Richtung vor und läßt im Einklang mit der Gesetzgebung der meisten anderen Bundesstaaten auch eine weitere Ausdehnung der sogenannten Anstaltsvormundschaft in Württemberg zu.

Die Dienstverhältnisse der Oberamtsärzte

sollen nach dem den Ständen vorgelegten neuen Gesetzentwurf einer Aenderung unterzogen werden. Zunächst ist eine Bestimmung getroffen, nach der vollbefähigte Oberamtsärzte in Zukunft keine ärztliche Privatpraxis mehr ausüben dürfen, wogegen dem Oberamtsarzt, der nicht als vollbefähigter Beamter angestellt ist, die Ausübung der Privatpraxis weiterhin gestattet wird. Während bisher für jedes Oberamt ein Oberamtsarzt anzustellen ist, läßt der Entwurf die Abgrenzung des Amtsbezirks des einzelnen Oberamtsärztes offen. Folgende neue Arbeitsgebiete sollen in Zukunft den Oberamtsärzten zufließen: Die Schulärztstätigkeit und die Ueberwachung der nichtapprobierten Heilgewerbetreibenden und der auf dem Gebiet des Gesundheitswesens tätigen Hilfspersonen. Dem Oberamtsarzt fällt fernerhin die Verpflichtung zur Beratung der Gemeinden auf dem Gebiete des öffentlichen Gesundheitswesens zu, während die Verpflichtung zur unentgeltlichen Behandlung der Ortsarmen in Wegfall kommt. Die Bezüge aus den öffentlichen Körperschaften können in Wegfall, der Staat zahlt in Zukunft den gesamten Gehalt. Mit Rücksicht auf diese Aenderung und den Geschäftszuwachs ist auch eine Neuordnung der Gehaltsverhältnisse geplant. Unterstellt werden die Oberamtsärzte in Zukunft der Dienstaufsicht des Medizinalkollegiums. (Zunächst soll diese Organisation in Stuttgart, Ulm und Heilbronn durchgeführt werden).

Stuttgart, 14. Jan. Der König hat in Betreff der Besorgung der Staatsgeschäfte während seiner Abwesenheit verfügt, daß Gegenstände von größerer Wichtigkeit zur Einholung seiner Entscheidung an seinen Aufenthaltsort nachgesendet, die übrigen Angelegenheiten aber in seinem Namen vom K. Staatsministerium erledigt werden.

Ludwigsburg, 16. Jan. Eine Vertrauensmännerversammlung der Nationalliberalen Partei des Reichstagswahlkreises (Ludwigsburg) hat einstimmig den Medizinikrat Dr. Kreuzer-Winnenden als Kandidat für die Reichstagswahl aufgestellt. Dr. Kreuzer hat angenommen.

Neutlingen, 14. Jan. (Das Defizit der Gewerbe-schule). An dem Defizit des Aufwands für die hiesige Gewerbeschule trägt der Staat die Hälfte; doch ist jeweils unter Vorlage des Etats der Nachweis, woraus sich der Abmangel berechnet, der vorgelegten Behörde nach Stuttgart einzufenden mit der Bitte, den entsprechenden Staatsbeitrag zu vernünftigen. Bei Prüfung dieses Nachweises kam nun der K. Gewerbeoberlehrer darauf, daß die Stadtgemeinde Neutlingen zu dem für die Gewerbeschule zu machenden Aufwand von der Amtskörperschaft einen Beitrag erhält, den sie bei Berechnung des Defizits unberücksichtigt ließ. Kurz entschlossen holte der Revisor der Aufstellung das Versäumte nach und brachte den Bei-

trag der Amtskörperschaft von dem Häuflicherscheit berechneten Defizit in Abzug. Die Stadtverwaltung erhob aber gegen dieses Verfahren Vorstellung mit der Begründung, daß sie nahezu 1/4 dieses Beitrags, den sie von der Amtskörperschaft erhält, ja von vornherein selbst bezahlen müsse und somit benachteiligt würde, wenn in der Weise, wie geschehen, verfahren werde. Diese Gründe mußten dem Gewerbeoberlehrer sachhaltig erscheinen, denn er ließ nachträglich den um den Beitrag der Amtskörperschaft gekürzten Betrag in Höhe von 288 Mark der Stadtgemeinde zur Auszahlung anweisen — eine Entscheidung, die auch für andere Gemeinden von prinzipieller Bedeutung ist, sofern sie sich in gleicher Lage wie Neutlingen befinden.

Nah und Fern.

Zu dem großen Einbruch in Hüglingen.

Freitag mittag kam ein Automobil an, das den Kriminalschuttmann Wischmann von Stuttgart mit dem Polizeihund Sherlock brachte. Der Hund wurde sofort in die Geschäftsräume von Juwelier Schwarzkopf geführt und nahm alsbald eine Spur auf, verfolgte sie durch die Hauptstraße und lief die Neue Straße gegen Kleingartach zu, verlor jedoch auf halber Höhe die Spur wieder und lief in die Stadt zurück. Nunmehr wird bekannt, daß in der vergangenen Nacht gegen drei Uhr ein Automobil gegen Kleingartach zu fuhr. Es wird mit dem Goldwarendiebstahl bei Juwelier Schwarzkopf in Zusammenhang gebracht. Mit ziemlicher Bestimmtheit taucht die Ansicht auf, daß man es mit einer organisierten Diebsgesellschaft zu tun hat. Ein Beamter des Erkennungsdienstes wird die Hand- und Fingerabdrücke an den eingedrückt Glaschaulästen aufnehmen. Die ganze Stadt ist in feierhafter Aufregung.

Zwischen die Puffer.

In Besigheim kam die 19 Jahre alte Tochter des Güterbeförderers Köffer zwischen die Puffer zweier rangierender Wagen und trug so schwere Verletzungen davon, daß nach Aussage des Arztes keine Hoffnung auf Rettung besteht.

Von einer Tanne erschlagen.

Im Jürstl. Löwensteinischen Wald bei Michelbach OA. Gaidorf wurde beim Holzfällen der Baldarbeiter Grupp von einer fallenden Tanne erschlagen.

Kampf mit einem Einbrecher.

In Ulmstadt in Mittelranken überraschte in der Nacht der Bürgermeister und Steinbruchbesitzer Johann Mahler einen Einbrecher in seinem Hause. Es kam zu einem Kampfe, wobei der Einbrecher den Mahler erschoss und dessen herbeigekommene Frau durch einen Schlag auf den Kopf schwer verlegte. Der Einbrecher entkam unerkannt.

Heiratslustige Damen.

Wie heiratstüchtig heutzutage die Frauenwelt ist, beweist folgende wahre Begebenheit: Ein 28 Jahre alter lediger Mann in Nürtingen OA. Gerrenberg, der sich gerne verheiraten möchte, aber dabei kein Glück hatte, wandte sich in seiner Verlegenheit an einen Berliner Heiratsvermittler und siehe, dieser Tage kamen nicht weniger als 1451 Offerte von heiratstüchtigen Damen. Das Alter schwankt zwischen 20 und 55 Jahren. Welche wird jetzt wohl die richtige sein?

Die Kammerjungfer als Hoteldiebin.

Die Petersburger Polizei deckte große Diebereien auf, die die russische Kammerjungfer Lebedew im vergangenen Sommer beim Fürsten Gagarin im Savoyhotel in St. Moritz verübte hatte. Damals wurden dem Fürsten Gagarin für 200 000 Mark Brillanten gestohlen. Die Schweizer Polizei glaubte, der Diebstahl sei von einer internationalen Diebesbande ausgeführt worden, doch konnte sie den Täter nicht feststellen. Die Kammerjungfer Lebedew wurde jetzt in Petersburg verhaftet, nachdem sie bei einem ähnlichen Brillantendiebstahl erwischt worden war. Beide Diebstähle hatte sie mit Hilfe ihres Geliebten, des Kosaken Walski, ausgeführt.

Biscolenduck.

Zwischen einem Schüler der Maschinenbauschule in Köln und einem Studenten der Medizin aus Bonn land in dem Mariahorster Walde bei Godesberg ein Biscolenduck statt, bei dem der Maschinenbauschüler verwundet wurde. Der Student ist verschwunden; man nimmt an, daß er geflüchtet ist.

Auch eine Rache.

Im Reichsmuseum in Amsterdam wurde das berühmte Rembrandtgemälde „Die Nachtwache“ durch Messerstücke schwer beschädigt. Der Täter, ein 28jähriger ehemaliger Schiffsbock der Marine Namens Sigrist, wurde verhaftet. Er gibt an, aus Rache gegen den Staat gehandelt zu haben, weil er nach einer ärztlichen Untersuchung nicht wieder eingestellt worden war. Die dem Gemälde zugefügte Beschädigung besteht in einem ziemlich tiefen Stich in der Gegend der Krone der vordersten Hauptgestalt des Gemäldes, ferner in oberflächlichen Beschädigungen in der Höhe der Brust bei der ersten und zweiten Hauptfigur. Man hofft, das Gemälde so gut wieder herstellen zu können, daß von der schweren Beschädigung nichts zu sehen sein wird.

Sechzig Millionen Mark Unterschleife.

Ein Riesenpanama wird aus Jersutsk gemeldet: Unmittelbar nach Beendigung des Russisch-Japanischen Krieges wurde in Jersutsk unter Vorsitz des Fürsten Gortschakow eine Kommission eingesetzt, um auf der Transsibalsbahn die Verrechnungen der Intendantur zu kontrollieren. Diese Kommission stellte ungeheure Unterschleife fest, die sich auf dreißig Millionen Rubel belaufen. Außer der Eisenbahnverwaltung sind auch andere Ressorts daran beteiligt. Damals wurde die Kommission Gortschakow auf Antrag des Generalgouverneurs Scliwonow abberufen, angeblich, weil die Aufdeckung dieses Panamas die revolutionäre Bewegung der Massen nur verschlimmern könne. Die kompromittierten Personen wurden teils entlassen, teils verurteilt. Die Senatorenreife hat nun diesen Fall wieder aufgenommen, und es steht ein ungeheurer Sensationsprozeß bevor.

vor. Der frühere Betriebschef der Transsibalsbahn, Sawow, wurde nebst einer stattlichen Anzahl anderer Teilnehmer an den Unterschleifen zum Verhör nach Jersutsk berufen.

Zur Mordaffäre Krojgal.

Die Untersuchung in der Mordaffäre Krojgal wird von der Staatsanwaltschaft Hannover, geführt, die einen Beamten nach Koblenz zur Vernehmung Fischers entsandt hat. Bei dieser Gelegenheit hat Fischer wieder erklärt, daß er den Mord nicht begangen habe. Eine Hausdurchsuchung, die bei Fischer vorgenommen wurde, förderte keine Militärpapiere zutage, aus denen hervorgeht, daß Fischer zwar im Jahre 1901 bei dem Dragonerregiment Nr. 11 gedient hat, aber bei der ersten Eskadron unter Rittmeister v. Gustorf stand, dessen Eskadron in Stallupönen lag, während Rittmeister v. Krojgal die vierte Eskadron in Gumbinnen führte. Es soll durch die Militärbehörde festgestellt sein, daß Fischer an dem Mordtage während des ganzen Tages in Stallupönen war, und daß er somit für die Täterschaft nicht in Frage kommen könne. Seine Erzählung, die zu seiner Verhaftung führte, ist weiter nichts als Renommisterei.

In Wemmhagen (Leuzendorf) ist die Dienstmagd eines Bauern unter dem dringenden Verdacht, ihr neugeborenes Kind beseitigt zu haben, verhaftet worden. Sie hat zugestanden, daß sie das Kind in dem Garten ihres Dienstherrn nach der Geburt vergast habe. Die Leiche wurde dort gefunden. Ob die Behauptung, daß das Kind gleich nach der Geburt tot gewesen sei, auf einer natürlichen Todesart gegründet ist, muß die angeordnete gerichtliche Sektion erweisen.

Bermischtes.

Auch Peary war nicht am Pol!

Jetzt soll keiner der beiden Nordpol-Entwickler das ersehnte Ziel erreicht haben; weder Cook noch Peary. Cook ist als Schwindler oder, wie er sich milde ausdrückt, als Selbstmörder entlarvt und festgestellt worden. Und dem Kapitän Peary weisen nun die Sachverständigen nach eingehender Prüfung seiner Tagebücher und Berechnungen nach, daß er sich ebenfalls in einem Irrtum befindet, allerdings ohne Tötung, wenn er behauptet, den Pol erreicht zu haben. Ein Telegramm aus Washington meldet: Die Sachverständigen, die die Prüfung der Dokumente des Kommandanten Peary vorgenommen haben, erklären, daß Peary den Nordpol nicht erreicht hat. Er sei ungefähr 16 bis 20 Kilometer vom Pol entfernt geblieben. — Es ist eine mühselige Sache um die Erreichung und Bestimmung des Nordpols — und des Südpols. Wegweiser und Meilensteine gibt es nicht; und so ist es der Fortschrittsreisen lediglich auf magnetische Beobachtungen und mathematisch-astronomische Berechnungen angewiesen. Daß diese aber in den arktischen Breiten unter den ungünstigen meteorologischen Verhältnissen arg zu leiden haben und daher ungenau ausfallen, ist begreiflich. Und daher wird man Herrn Peary seinen Irrtum, wenn dieser ihm tatsächlich nachgewiesen ist, nicht allzu sehr verargen. Schließlich ist die Erreichung des Pols die Jagd nach einem Phantom, das der Wissenschaft selbst verhältnismäßig wenig nützt. Die Männer der Polarforschung erkennen das auch mehr und mehr und wenden sich in einem immer steigenden Maße der naturwissenschaftlichen, geographischen, hydrographischen und geologischen Forschung zu. Das tat schon Raaten, das tat den Drogasski und Schalkow, und das tat auch Fischner tun. Schließlich ist die Erreichung und Feststellung des Pols selber in erster Linie ein Trübsal persönlicher Eitelkeit und nicht der Wissenschaft.

Vor 40 Jahren.

Denkwürdigkeiten

an den deutsch-französischen Krieg.

Dienstag, den 17. Januar.

Scharmügel bei St. Romain, Gefecht bei Berry, sous Comaife, Nigny le Sec. Kolonisationskrieg bei Messigny, Avantgardengefecht bei Piemont (vor Langres) Scharmügel bei Langres, Tincenat und Berman.

Verfaillés. Aus der 159. Depesche vom Kriegsjahrplan. General Schmid drang in der Verfolgung des Feindes, welcher auf Vobol zurückgeht, bis über Baiges vor und machte wieder über 2000 Gefangene. Meneon wurde in der Nacht vom 15. bis 16. nach leichten Gefechten befreit.

Verfaillés. General v. Werder behauptete sich auch gestern in seiner Stellung südlich Belfort gegen erneute Angriffe des Feindes. Der Generalstabschef des französischen Admirals Jaureguiberry fiel, dem Admiral wurde das Pferd unterm Leibe getötet. Es herrschte eifrige Kälte und dichter Nebel. Die diesseitige Artillerie hatte die Stellung vom Tage vorher beibehalten. Am Nachmittag begann der Feind, indem er das Centrum bei Hericourt beschädigte, einen Massenangriff gegen unsere rechte Flügelposition vorzunehmen. Wegen dieser überraschenden und unerwarteten Tournerung bei mehr als acht-facher Uebermacht verlor die badische Brigade die Position bei Chenebier, Echevonne und momentan Frasier, indem sie zehntend über Chatebier bis gegen Chalonswillers sich zurückzog. Erst gegen Nacht begannen die Geschütze zu schweigen. General v. Werder behielt nunmehr dem General v. Koller die verloren gegangene Position in Unterstützung der 2. Brigade auf dem rechten Flügel wieder zu gewinnen. General v. Werder stand mit seinem Stabe bei Hericourt, leitete von der Höhe aus den siegreich verlaufenden Kampf. Die französische Artilleriearbeiten gestern und heute mit größter Lebhaftigkeit, sie leisteten Namenswertes in Bezug auf schnelle Platzänderungen. In dem belagerten Belfort wußte man recht wohl, daß draußen, kaum ein einhalb Meilen entfernt das Gefährliche kämpfte. Aber der versuchte Ausfall des Kommandanten, Oberst Deuster, der mit 4 Bataillonen und 3 Kompagnien Fäblung mit dem französischen linken Flügel gewinnen wollte, blieb erfolglos.



